

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Ronald Gläser (AfD)**

vom 22. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. März 2022)

zum Thema:

**Kabelbrand Wuhlheide**

und **Antwort** vom 07. April 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. April 2022)

Herrn Abgeordneten Ronald Gläser (AfD)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11366  
vom 22. März 2022  
über Kabelbrand Wuhlheide

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über den Kabelbrand bei der Bahn, der ab dem 21. März den Schienenverkehr in Berlin und dem Umland beeinträchtigt hat?
2. Was haben die Ermittlungen bzgl. des Bekennerschreibens („Das ist unser Beitrag zum Wasser- und Klimaschutz“) ergeben?

Zu 1. und 2.: Die Staatsanwaltschaft Berlin führt wegen des Brandanschlags auf einen Kabelschacht neben dem Gleisbett im Bereich Wuhlheide ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Brandstiftung. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Weitergehende Auskünfte können derzeit nicht gegeben werden, da bei einer öffentlichen Preisgabe weiterer Informationen gegebenenfalls etwaige Beteiligte gewarnt oder mögliche Zeuginnen und Zeugen in ihrem Aussageverhalten beeinflusst werden könnten und somit eine Gefährdung der Ermittlungen zu befürchten wäre.

3. Wie schätzt der Senat die Bedrohung durch politisch motivierte Straftäter ein, die vorgeben für einen besseren „Klimaschutz“ einzutreten?

Zu 3.: Klimaschutz ist ein wichtiges Anliegen. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird in der gesamten Breite der Gesellschaft thematisiert, diskutiert und auch mittels verschiedener Protestformen öffentlich eingefordert. Dabei sind auch politisch motivierte Straftaten festgestellt worden. Der Senat verurteilt jede Form der Gewaltausübung zur Durchsetzung politischer Ziele.

Berlin, den 7. April 2022

In Vertretung  
Dr. Brückner  
Senatsverwaltung für Justiz,  
Vielfalt und Antidiskriminierung